

FiDA: Bären dienst für die Finanzindustrie in Europa

Der gut gemeinte Vorschlag der EU-Kommission zum Open-Finance-Projekt FiDA wird das Gegenteil von dem erreichen, was er beabsichtigt, und letztlich die Wettbewerbsfähigkeit der Finanzindustrie schwächen. Deshalb: weg damit!

VON JASMINE BERGMANN | ABTEILUNGSDIREKTORIN RECHT

Open Finance ist die Weiterentwicklung des Open Banking, bei dem Kundenkontodaten von Banken durch andere Zahlungsdienstleister genutzt werden. Der jüngste Coup der EU-Kommission ist der Entwurf für eine Financial Data Access Regulation (FiDA) vom Juni 2023. FiDA soll den Austausch von Kundendaten über den Zahlungsverkehr hinaus auf andere Bereiche der Finanzwirtschaft ausweiten, unter anderem auf das Assetmanagement. Voraussetzung ist, dass der Kunde seine Zustimmung erteilt. FiDA soll den Wettbewerb stärken und Innovationen fördern. Doch daraus wird nichts.

Zunächst untergräbt die EU mit FiDA ihre strategische Autonomie. Denn Unternehmen aus Drittstaaten werden einfacher in den EU-Binnenmarkt vordringen können, ohne dass die Herkunftsländer dieser Unternehmen sich in gleicher Weise für EU-Anbieter öffnen müssen. Große Technologiekonzerne aus Drittstaaten, sogenannte Gatekeeper, könnten direkten Zugang zu sensiblen Finanzdaten der EU-Bürger erhalten und damit den Finanzvertrieb von Anlageprodukten zunehmend

kontrollieren. Es ist völlig unklar, wie sich das verhindern lässt, aber eines steht fest: Jeder politische Versuch, zum Beispiel gezielt US-amerikanische Tech-Giganten fernzuhalten, wird Vergeltungsmaßnahmen der USA provozieren, wie etwa Strafsteuern gegen EU-Staaten. Die Bemühungen der Politik, Investitionen innerhalb der EU zu fördern, werden dadurch zusätzlich konterkariert.

FiDA wird auch die Rolle der traditionellen Finanzberatung in der EU marginalisieren, da sie den Informationsaustausch über digitale Schnittstellen und kontaktlose Kommunikation fördert. Weniger digitalaffine Menschen haben das Nachsehen. Die dadurch noch wichtigere Förderung der finanziellen und digitalen Bildung bleibt unberücksichtigt. Das Ziel von FiDA, die Verbraucher in ihrer Gesamtheit zu stärken, wird damit verfehlt.

Der Mehrwert von FiDA ist auch deshalb fraglich, weil es Anbietern von Finanzprodukten und -dienstleistungen schon heute freisteht, auf Kunden zuzugehen und Konkurrenzangebote zu unterbreiten. In jedem Fall erhöht der Entwurf die Bürokratielast für Marktteilnehmer, während Digitalkonzerne aus Drittstaaten profitieren. FiDA würde somit die globale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Finanzindustrie weiter beeinträchtigen, anstatt sie zu verbessern. Die EU will weniger Regulierung. Gut wäre es, keine neue zu schaffen, wo der Nutzen fraglich ist. Deshalb sollte die EU-Kommission FiDA zurückziehen. ■



Aktuelle Informationen

Aktuelle Informationen zur Entwicklung von FiDA finden Sie über den QR-Code.

